

Sächsischer Pflegedialog – unser Fragenkatalog

1. Stark ansteigende Heimkosten

Der medizinische Fortschritt und ein besserer Lebensstil führen zu höheren Lebenserwartungen, aber auch zu steigenden Gesundheitskosten. Die Eigenanteile für die stationäre Pflege sind in Sachsen vergleichsweise günstig. Gerade geistern Zahlen durch die Presse über Steigerungen von 100 bis 500 Euro für einen Heimplatz. Das ist bei einem derzeitigen durchschnittlichen Eigenanteil von etwa 1.200 Euro eine Steigerung auf 140 Prozent. Es scheint, als ob die Kostensteigerungen sehr einseitig auf die Heimbewohner abgewälzt werden. Es trifft aber auch die Familien und die Kommunen, wenn die Pflegebedürftigen nicht zahlen können.

Unsere Frage:

- Müssen Heimbewohner und Familien diese Entwicklung einfach hinnehmen? Wer schützt eigentlich die Betroffenen?

2. Pflegewohngeld

Auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung steigen. Das ist nachvollziehbar, wachsen doch auch die Ansprüche an moderne Ausstattung und Komfort. Gerade in ländlichen Regionen besteht aber kaum eine Wahlmöglichkeit für ein Heim, und ein Wechsel ist für Pflegebedürftige oftmals keine Option. Zur Abfederung dieser Kosten eignet sich das Pflegewohngeld, das es in einigen Bundesländern gibt.

Unsere Frage:

- Warum zahlt Sachsen kein Pflegewohngeld für Bedürftige?

3. Medizinische Behandlungspflege

Eine große Ungerechtigkeit sehen wir bei der medizinischen Behandlungspflege. Wer ambulant gepflegt wird, für den zahlt die Krankenkasse. Erfolgt die medizinische Behandlungspflege stationär, zahlt die Pflegekasse. Allerdings fordert sie über den Eigenanteil die Kosten vom Pflegebedürftigen zurück. Das ist nicht nur ungerecht, es führt auch zu Fehlanreizen – z. B. zu einer schnellen Einweisung ins Heim auf Druck der Krankenkassen oder Familienangehörige geben ihre Berufstätigkeit für die Pflege auf, weil eine Pflege im Heim nicht bezahlbar ist.

Unsere Frage:

- Wann kommt das Thema „medizinische Behandlungspflege“ auf die politische Agenda?

4. Berufsbild Pflege

Mit dem neuem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz werden mehr Stellen für die medizinische Behandlungspflege zur Verfügung gestellt und finanziert. Wir zweifeln, dass bei derzeit 35.000 freien Stellen sich dafür geeignete Fachkräfte finden. Auch viele Angehörige von Pflegebedürftigen sehen mit Sorge den Stress und die hohen Belastungen für Pflegekräfte, können aber nichts tun. Wir setzen uns dafür ein, dass Fachkräfte in der Altenpflege gut bezahlt werden. Eine bessere Bezahlung von Pflegekräften nur in Krankenhäusern führt zu Abwanderungen und Frust. Wir wollen auch, dass die vielen Teilzeitanstellungen zurückgefahren werden, denn sie sind ein hohes Armutsrisiko - jetzt und im Alter.

Unsere Fragen:

- Was wird getan um das Berufsbild „Altenpflege“ wieder attraktiv zu machen, auch im Kontext zu anderen Pflegeberufen?
- Wie können die Arbeitgeber verpflichtet werden, die Bedingungen zu verbessern (z.B. Tariflöhne, Vollzeitjobs, Arbeitsklima)?

5. Pflegende Angehörige

Ein Pflegefall in der Familie verlangt von den Betroffenen Entscheidungen mit persönlicher Tragweite für die Zukunft. Wenn Frauen ihren Beruf aufgeben oder die Arbeitszeit reduzieren, riskieren sie ihr eigenes berufliches Fortkommen, ihre Altersvorsorge und oft leidet auch das Familienleben. Zusätzliche Rentenpunkte für Pflegende sind nur ein kleiner Trost. Wer neben seinem Vollzeitjob pflegt, geht zudem leer aus.

Werden Pflegedienste in Anspruch genommen, sind die finanziellen Auswirkungen für die Zukunft nicht berechenbar, vor allem wenn die Kosten steigen, finanzielle Rücklagen aufgebraucht sind oder Immobilien im ländlichen Raum nicht verwertbar sind. Bedacht werden muss auch, dass Elternunterhalt eingefordert werden können.

Pflegen belastet aber auch die Gesundheit durch hohe physische und psychische Belastungen. Eine Entlastung durch Kurzzeitpflege ist in der Praxis schwierig: Es gibt nur 114 Angebote in Sachsen (bei 679 Angeboten für vollstationäre Pflege). Die Pauschalierung über alle Pflegegrade schränkt den zeitlichen Rahmen für Kurzzeitpflege stark ein oder führt zu hohen Eigenleistungen.

Unsere Frage:

- Wie können pflegende Angehörige so entlastet werden, dass sie keine Einbußen für die eigene Gesundheit und die eigene Altersvorsorge befürchten müssen?

6. Immer mehr Privatisierung

Der Pflegemarkt gilt als Wachstumsmarkt mit guten Renditechancen. Das erkennen auch internationale Investoren. Von den erwirtschafteten Renditen haben die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen in der Regel nichts. Sie können sich auch kaum wehren, denn Pflege ist kein Verbrauchermarkt. Einen Heimanbieter zu wechseln ist schwierig und die Preise sind nicht verhandelbar. Diese Entwicklung macht uns Sorge. Sie führt auch dazu, dass Segmente, die renditeschwach sind, wie etwa die Kurzzeitpflege, zurückgefahren werden.

Unsere Frage:

- Was tut die Politik, um dieser Entwicklung zu entgegnen und die Interessen der Betroffenen zu stärken?

7. Mehr Transparenz

Für viele Menschen ist das „System Pflege“ nicht zu durchschauen. Wir hören immer wieder von Fällen, wo Betroffene zwischen den verschiedenen Playern (Pflegedienste und -einrichtungen, Haus- und Fachärzte, Sanitätshäuser, Krankenhäuser, Pflege- und Krankenkassen) selbst vermitteln müssen und mit Fragen und Problemen alleine gelassen werden. Die sächsischen Pflegekoordinatoren bemühen sich um diese Vernetzung, sie sind aber kein Ersatz für eine trägerunabhängige Pflegeberatung. Ein Vergleich der Einrichtungen ist sehr aufwendig und bei einem akuten Pflegefall meist nicht möglich. Hier wäre ein besseres Bewertungssystem, das auch Mängel aufzeigt, gut.

Hilfreich wäre auch mehr Transparenz und Offenlegung von Daten zu Größe und Qualität der Einrichtungen. Nicht nachzuvollziehen ist, welche Einzelkosten den angebotenen Leistungen gegenüberstehen. Die tatsächlichen Ausgaben werden in der Regel nicht veröffentlicht. Eine Offenlegungspflicht für Pflegeeinrichtungen würde auch Missbrauch entgegenwirken.

- Wie wird künftig gesichert, dass Betroffene schnell, verständlich und neutral Informationen erhalten, wenn ein Pflegefall in der Familie eintritt?
- Wie kann durch mehr Öffentlichkeit und Transparenz gesichert werden, dass die Kostenstrukturen in der Pflege für jedermann sichtbar und nachvollziehbar werden?